

GROSSER RAT

# Wie Einbruchserie in Aargauer Autogaragen stoppen? - braucht es mehr Polizisten?

Mathias Küng

29. Apr. 2026 2 min.



Interpellant Adrian Schoop im Grossen Rat. Foto: Michael Küng

In den vergangenen Monaten kam es im Kanton Aargau wiederholt zu Einbrüchen in Garagenbetriebe. Die Täter **dringen nachts gezielt in Autohäuser ein, entwenden hochwertige Fahrzeuge und flüchten anschliessend mit hoher Geschwindigkeit in Richtung Ausland.** Bei festgenommenen Tatverdächtigen handelt es sich häufig um junge Männer aus Frankreich, oft mit Maghreb-Hintergrund, die mutmasslich über soziale Medien für solche Diebstähle rekrutiert werden und gezielt in die Schweiz

einreisen. Das steht in einer neu **im Grossen Rat** eingereichten Interpellation von **Adrian Schoop**, FDP, Baden (Sprecher) und **Mario Gratwohl**, SVP.

Hinter den Tätern stehen oftmals Auftraggeber im Ausland, was die Strafverfolgung zusätzlich erschweren, schreiben die beiden interpellanten weiter. Die Fluchtfahrten führen regelmässig zu **gefährlichen Situationen im Strassenverkehr**. Die Polizei stehe dabei vor schwierigen Abwägungen und müsse Verfolgungsfahrten zur eigenen Sicherheit sowie zum Schutz anderer Verkehrsteilnehmer teilweise abbrechen.

### **Einbrüche verursachen erhebliche Schäden**

Garagenbetriebe sind wichtige Arbeitgeber und Steuerzahler im Kanton Aargau. Die Einbrüche verursachen erhebliche Schäden und schwächen das Sicherheitsgefühl der Betroffenen wie auch der Bevölkerung, heisst es im Vorstoss weiter.

Der grenzüberschreitende Kriminaltourismus beschäftigt die Politik im Kanton Aargau seit längerem. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, reichten die Fraktionen von FDP und SVP bereits 2024 eine Standesinitiative ein, welche den Bund auffordert, die **Grenzkontrollen gezielt zu verstärken**. Der Regierungsrat unterstützte dieses Anliegen. Die **Standesinitiative** ist derzeit im Bundesparlament hängig. Die aktuelle Einbruchswelle zeige jedoch, so Schoop und Gratwohl, "dass der Kanton Aargau nicht auf den Ausgang der bundespolitischen Verfahren warten kann".

### **Wie solchen Delikten wirksam begegnen?**

Wenn Tätergruppen gezielt in die Schweiz einreisen, hier Fahrzeuge entwenden und anschliessend wieder ins Ausland flüchten, stelle sich die Frage, wie der Kanton solchen Delikten wirksam begegnen kann. Der Kanton Aargau verfügt im schweizweiten Vergleich über eine besonders schlanke Polizeiorganisation. Während **im Aargau 1 Polizist auf 735 Einwohner** kommt, liegt der schweizerische Durchschnitt bei 1 Polizist auf rund 480 Einwohner. Der Schutz von Sicherheit und Eigentum gehört zu den zentralen Aufgaben des Staates. Ein schlanker Staat dürfe jedoch nicht dazu führen, dass bei der inneren Sicherheit strukturelle Engpässe entstehen.

Vor diesem Hintergrund bitten die beiden den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die aktuelle Entwicklung der Einbrüche in Garagenbetriebe im Kanton Aargau? Welche Erkenntnisse liegen bezüglich Anzahl Delikte, Schadenssummen und Entwicklung der dabei entwendeten Fahrzeuge (Anzahl und Wert) in den letzten 5 Jahren vor?
2. Welche Strategien verfolgt der Regierungsrat, um mobile Tätergruppen, die gezielt zur Begehung von Einbrüchen in die Schweiz einreisen und danach ins Ausland flüchten, wirksam zu bekämpfen? Welche Rolle spielen dabei beispielsweise technische Fahndungsmittel, koordinierte Fahndungsnetze oder verstärkte Zusammenarbeit mit anderen Kantonen?
3. Wie beurteilt der Regierungsrat die Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden – insbesondere Frankreich – bei der Bekämpfung solcher Deliktserien? Sieht er Möglichkeiten, über den Bund einen verbesserten Informationsaustausch mit Frankreich oder operative Unterstützung zu erreichen?
4. Erachtet der Regierungsrat die personelle und materielle Ausstattung der Kantonspolizei angesichts der zunehmenden grenzüberschreitenden Kriminalität als ausreichend? Wo sieht er Bedarf, um solche Deliktserien künftig wirksam zu bekämpfen?
5. Sieht der Regierungsrat angesichts der niedrigen Polizeidichte im Kanton Aargau eine Notwendigkeit, die personellen Ressourcen der Kantonspolizei mittel- bis langfristig zu erhöhen, um die innere Sicherheit wirksam zu gewährleisten?

## ALS NÄCHSTES LESEN



**Gemeinden befürchten 3200 ukrainische Sozialhilfeempfänger, wenn sie Aufenthaltsbewilligung B erhalten - Kanton soll mitzahlen**

29. APR. 2026



**Danke fürs Interesse und auf Wiederlesen am 5. Mai**

28. APR. 2026